

TODESURTEIL GEGEN GEWERKSCHAFTERIN IM IRAN

RETTET UNSERE KOLLEGIN SHARIFEH MOHAMMADI



Im Juni 2024 wurde Sharifeh Mohammadi von einem Gericht in Rasht/Iran zum Tode verurteilt. Die Richter bezichtigten sie der Rebellion. Ihr „Verbrechen“: Sharifeh hat sich für die Arbeitnehmerrechte und die Rechte der Frauen im Iran eingesetzt.

Sharifeh ist 45 Jahre alt, Ingenieurin, Gewerkschafterin und Mutter eines 12jährigen Sohnes. In der Haft wurde sie gefoltert.

Wie die iranischen Frauen, so befinden sich auch die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Iran in einem harten Kampf gegen die Unterdrückung durch das Mullah-Regime. Allein seit Anfang Mai sind dutzende von Aktivisten für Arbeitnehmerrechte entlassen und verhaftet worden. Sie hatten gegen Hungerlöhne, miserable Arbeitsbedingungen und Rentenkürzungen protestiert. Zwischen März und Juli 2024 haben in mindestens 14 großen iranischen Städten Kundgebungen stattgefunden. In 115 Unternehmen der Öl- und Gasindustrie wurde gestreikt, um ausstehende Löhne einzufordern und existenzsichernde Bezahlung zu verlangen. Mit dem willkürlichen Todesurteil gegen Sharifeh Mohammadi soll dieser Widerstand getroffen werden. Terror und Justizmord sollen die Mullahs an der Macht halten. In diesem Jahr wurden bereits 400 Menschen im Iran mit dem Strang hingerichtet. 2023 waren es 853.

**SHARIFEH MUSS SOFORT UND BEDINGUNGSLOS
FREIGELASSEN WERDEN!**

Esmail Abdi, führendes Mitglied der iranischen Lehrergewerkschaft und selbst lange Jahre in Haft, hat erklärt: „Nahezu alle engagierten Arbeiter- und Menschenrechtsaktivisten, Intellektuelle, Autoren, Gewerkschaften und

Basisinitiativen haben gegen die fingierten Anschuldigungen und gegen die ungerechte, gegen Sharifeh Mohammadi verhängte Strafe protestiert. Sie muss sofort und bedingungslos freigelassen werden.“

Solidarität hilft. Das zeigt das Beispiel von Reza Shahabi, Vorsitzender der Busfahrgewerkschaft von Teheran. Er wurde nach einer internationalen Kampagne zusammen mit seinem Kollegen Hasan Saeidi freigelassen.

Unterstützt die Online-Petition von Amnesty International für die Freiheit von Sharifeh Mohammadi:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/iran-drohende-hinrichtung-2024-09-10>

Material für Beschlüsse und Aktionen in Gremien und Betrieben auf:

<https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/>



Foto © privat
Sharifeh Mohammadi

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





CHHIM SITHAR FREI - PALINA IN LEBENSGEFAHR

VON JÜRGEN KERNER



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum 1. Mai haben wir aufgerufen, zwei starke Gewerkschaftsfrauen zu unterstützen:

- **Chhim Sithar**, 36 Jahre, Vorsitzende der Gewerkschaft der Beschäftigten des Casino- und Hotelkomplexes Naga World in Phnom Penh/Kambodscha
- **Palina Sharenda-Panasiuk**, 49 Jahre, unabhängige Gewerkschafterin in der Radioelektronischen Industrie in Belarus

Wir freuen uns sehr, dass Chhim seit dem 16. September wieder in Freiheit ist. Sie musste zwei Jahre im Gefängnis verbringen, weil sie einen Streik angeführt hatte. Der Internationale Gewerkschaftsbund und viele tausend Gewerkschafter*innen, auch in Deutschland, haben sich für sie eingesetzt. Die Haft hat Chhim nicht brechen können. „Wir werden den Kampf für unsere gewerkschaftlichen Rechte fortsetzen“, hat sie unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis erklärt.

Schlechte Nachrichten müssen wir zu Palina Sharenda-Panasiuk vernehmen. In drei Prozessen zu insgesamt vier Jahren Gefängnis verurteilt, hätte sie jetzt freikommen müssen. Doch das Regime kerkert sie weiter ein. Palina ist schwer an einer Entzündung der Bauchspeicheldrüse erkrankt und befindet sich in Lebensgefahr. Ihr Ehemann Andrei Sharenda fürchtet: „Unter den Bedingungen, denen sie in der Haft ausgesetzt ist, ist die Diagnose gleichbedeutend mit der Todesstrafe.“ Die IG Metall hat eine weitere Aktion für Palina gestartet. Bitte unterstützt unsere Kollegin und macht mit!

Euer Jürgen Kerner

UNTERSTÜTZT DIE AKTION FÜR PALINA SHARENDA-PANASIUK!
SEITE 3

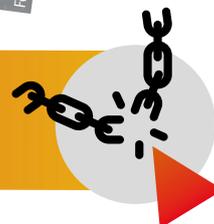


Chhim Sithar



Palina Sharenda-Panasiuk

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





PALINA SHARENDA-PANASIUK IN LEBENSGEFAHR

GEWERKSCHAFTERIN IM GEFÄNGNIS SCHWER ERKRANKT

Die Gewerkschafterin Palina Sharenda-Panasiuk ist seit dem 3. Januar 2021 in Belarus in Haft. Am 9. Juni 2021 wurde sie wegen „Beleidigung des Präsidenten“ und „Aufruf zu Aktionen, die die nationale Sicherheit gefährden“, zu zwei Jahren verurteilt. Tatsächlich hatte sie Aktionen gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen 2020 durch das Lukaschenko-Regime organisiert.

Im Gefängnis verbrachte Palina mehrmals viele Tage in einer Strafzelle. Die Verhältnisse dort sind Folter. Bei einem inszenierten Überfall gedungener Mithäftlinge erlitt sie einen Nasenbeinbruch und eine Nierenquetschung.

Nach Ablauf ihrer Strafe wurde Palina nicht freigelassen, sondern willkürlich zweimal wegen „Missachtung von Anordnungen des Gefängnispersonals“ zu einem weiteren Jahr Haft verurteilt. Und auch nach Ablauf dieser zusätzlichen zwei Jahre kam Palina nicht frei, sondern wurde erneut angeklagt.

Mittlerweile leidet sie an einer chronischen Entzündung der Bauchspeicheldrüse. Im Gefängnis erhält sie keine angemessene ärztliche Behandlung. Andrei Sharenda, Palinas Ehemann, berichtet: „Die Krankheit erfordert eine spezielle Diät, Freistellung von der Arbeit, gute Haftbedingungen und sorgfältige medizinische Überwachung. All das wird Palina verweigert. Stattdessen hat man willkürlich Bedingungen herbeigeführt, die genau das Gegenteil bedeuten, etwa lange Transporte von einem Gefängnis

zum anderen und miserable Ernährung. Sie geben ihr nicht die erforderlichen Medikamente. Lebensmittel, die wir ihr schicken, werden ihr vorenthalten. Sie tun das in voller Kenntnis der Diagnose. Sie sind in der Tat dabei, meine Frau langsam umzubringen.“

SOLIDARITÄT IST WEITERHIN GEFORDERT!

Unsere Aktion für die Freiheit von Palina wird fortgesetzt!

Online-Petition an die Botschaft von Belarus und Unterschriftensammlung für Gremien und Betriebe:

<https://igmetall-sprockhoevel.de/2024/08/05/andrei-sharenda-sie-bringen-palina-langsam-um/> und

<https://igmetall-sprockhoevel.de/verfolgte-gewerkschafterinnen/downloads-2/>

IN DER STRAFZELLE IN BELARUS

Leanid Sudalenka war viele Jahre Anwalt der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus. Er verbrachte zweieinhalb Jahre in Haft und berichtet über die Verhältnisse in Strafisolation: „Politische Gefangene werden in Belarus oft unter Vorwänden in Isolationsstrafzellen gesteckt. Dort nimmt man ihnen die Unterwäsche weg und zwingt sie in besonders kühle Kleidung aus Glaswolle. Die Gefangenen haben keine Matratze, kein Kopfkissen, keine Bettwäsche. In der kalten Jahreszeit ist die Temperatur in der Zelle so niedrig, dass Du auf dem kalten Fußboden keinen Schlaf findest. Tagsüber darfst Du nur aufrecht auf einer Betonbank sitzen. Alle persönlichen Gegenstände hat man Dir weggenommen, auch Bücher und die Brille. Es gibt keinerlei Hygiene oder Gesundheitsfürsorge.“

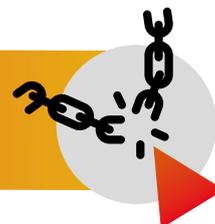


Palina Sharenda-Panasiuk



Leanid Sudalenka

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN



SERBIEN

UNION BUSTING BEIM AUTOZULIEFERER YURA

INDUSTRIALL EUROPE SOLIDARISCH

Yura ist ein serbischer Automobilzulieferer, der unter anderem für Kia, Hyundai, Jaguar, Porsche, Audi und Mercedes liefert. Gemeinsam mit der Autonomem Metallarbeiterunion Serbiens (SSMS) befinden sich die Kolleg*innen von Yura in Leskovac seit Monaten im Arbeitskampf gegen miserable sanitäre Einrichtungen, niedrige Löhne und Bestrafung von Krankheitstagen durch Prämien-Streichungen. Das Management verweigert Verhandlungen. Stattdessen sollen die Beschäftigten durch Einschüchterungen und Drohungen zum Austritt aus ihrer Gewerk-

schaft bewegt werden. Einige Kollegen sind unter faden-scheinigen Vorwänden entlassen worden. SSMS hat mittlerweile bei den deutschen Behörden Beschwerde nach dem Lieferkettengesetz eingereicht.

IndustriAll Europe ruft gemeinsam mit SSMS dazu auf, Yura durch internationale Solidarität zu Verhandlungen über faire Löhne und einen respektvollen Umgang mit den Mitarbeiter*innen sowie zur Einstellung aller antigewerk-schaftlichen Aktivitäten zu zwingen.

ONLINE-PETITION BEI LABOURSTART:

https://www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=5467

GUATEMALA

Am 5. September wurde der Lehrer und Gewerkschaftsführer René Sucup Morán in Alta Verapaz durch einen Auftragskiller ermordet. Das meldete Education International, die Internationale der Bildungsgewerkschaften. Am 15. Juni war bereits Anastacio Tzib Caal in Villa Canales Opfer eines Attentats geworden. Er war kurz zuvor zum Generalsekretär der Gewerkschaft der Textilarbeiter im Unternehmen Texpia II gewählt worden. In Guatemala sollen Mordanschläge die Menschen vom gewerkschaftlichen Engagement abhalten.

NIGERIA

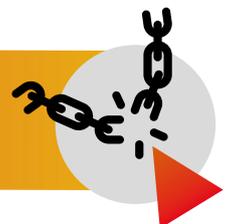
Joe Ajaero, Generalsekretär der Gewerkschaft der Beschäftigten der Elektrizitätswerke, wurde am 9. September festgenommen und später gegen Kautions entlassen. Seine Verhaftung war ein weiterer Versuch der Regierung, die Gewerkschaften einzuschüchtern. Bereits Anfang August war das Büro des Gewerkschaftsbundes überfallen worden. Die Gewerkschaften Nigerias befinden sich im Kampf gegen Inflation, Unterbeschäftigung und Armut. Bei Protesten haben im August 13 Menschen ihr Leben verloren, viele wurden verhaftet.

KOLLEG*INNEN VON THYSSENKRUPP SERVICES SOLIDARISCH MIT PALINA SHARENDA-PANASIUK

Sabrina Fischer, Betriebsrätin bei thyssenkrupp Services, berichtet: „Der Konzern thyssenkrupp macht aktuell täglich Schlagzeilen. In den einzelnen Betrieben geht es um massive Veränderungen für die Mitarbeitenden. Dennoch haben die Kolleginnen und Kollegen von thyssenkrupp Services Essen 2 am 03.09.2024 in ihrer Betriebsversammlung mit enormer Anteilnahme auf den Bericht über die furchtbare Situation der unabhängigen Gewerkschafterin Palina Sharenda-Panasiuk reagiert. Die Bestürzung über die Haftbedingungen, unter denen Palina so enorm leidet, war geradezu greifbar. So war es dann für eine Vielzahl der Kolleginnen und Kollegen ein selbstverständlicher Akt der Solidarität, mit ihrer Unterschrift die medizinische Versorgung sowie die bedingungslose Freilassung von Palina zu fordern.“



GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONALE
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





ARGENTINIEN

DIE RENTENREFORM MUSS BLEIBEN!

KAMPF UM SOZIALE GERECHTIGKEIT

RENTENKÜRZUNGEN SIND INAKZEPTABEL!

Präsident Javier Milei hat am 2. September sein Veto gegen das vom Kongress verabschiedete Rentengesetz eingelegt. Dieses Gesetz ist unerlässlich, um die Renten zu stabilisieren, die in den letzten Monaten dramatisch an Kaufkraft verloren haben. Der Kongress muss energisch auf der Verabschiedung bestehen, um einen würdigen Lebensstandard älterer Menschen zu gewährleisten.

Die Kaufkraft der Renten sinkt seit Jahren. Im Januar 2024 erreichte sie einen kritischen Tiefpunkt: Die Mindestrente reicht nicht mehr aus, um Grundbedürfnisse zu decken. Über 3 Mio. Rentner*innen leben bereits unter der Armutsgrenze. Mileis Veto verstärkt diese prekären Bedingungen.

DIE RECHTE DER ÄLTEREN GENERATION DÜRFEN NICHT AUF DEM ALTAR DER SPARPOLITIK GEOPFERT WERDEN!

Renten sind ein zentrales Element des Rechts auf soziale Sicherheit. Die fortwährenden Kürzungen sind nicht nur ein Zeichen wirtschaftlicher Fehlentscheidungen, sondern auch ein direkter Angriff auf die Lebensqualität der älteren Bevölkerung. Die Mittel für Renten sanken bis Juli 2024 um mindestens 25,8%, während die Preise für essentielle Güter steigen. Dies ist nicht hinnehmbar!

In Krisenzeiten müssen Staaten ihre Verpflichtungen ernst nehmen. Es liegt in der Verantwortung der Abgeordneten, Reformen zu fördern, die den Schutz älterer Menschen garantieren. Die Verabschiedung des Rentengesetzes ist dringend nötig, um den Preissteigerungen entgegenzuwirken.

DIE REFORM IST KEIN LUXUS, SONDERN EINE NOTWENDIGKEIT!

Das Rentensystem in Argentinien ist beitragsabhängig und auf Umverteilung und sozialen Schutz ausgerichtet. Doch der Anteil des BIP, der in die Renten investiert wird, ist in den letzten zehn Jahren um fast 3 % gesunken. Aktuell liegt der Anteil bei nur 6,5 %.

Die Realität ist klar: Eine Mindestrente reicht nicht aus, um über der Armutsgrenze zu leben. Im Juni erhielten viele Rentner*innen weniger als 270 US-Dollar, während die Kosten für lebensnotwendige Güter bei 280 US-Dollar lagen. Die Rentenreform, die am 22. August vom Senat gebilligt wurde, sieht vor, dass Renten monatlich an die Inflationsrate angepasst werden.

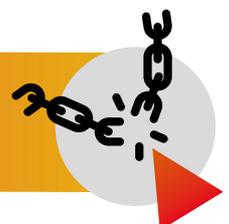
Unterstütze die Aktion von Amnesty International bis 30.10.2024. Anbei der Link für weitere Infos.

https://www.amnesty.de/sites/default/files/2024-09/079_2024_DE_Argentinien.pdf



Foto © Getty

Protestierende für ein neues Rentengesetz, Buenos Aires, September 2024





ECUADOR

PRÄSIDENT NOBOA WILL DAS ARBEITSRECHT AUSHÖHLEN

Ecuador erlebt seit 2019 einen drastischen Anstieg der Gewalt, wodurch das Land zu den zehn gefährlichsten weltweit zählt. Die jährliche Mordrate liegt bei 45 pro 100.000 Einwohner*innen. Präsident Daniel Noboa erklärte den Drogenkartellen den Krieg und ließ ein Referendum über den Einsatz des Militärs gegen diese organisierte Kriminalität abhalten. Die Wähler*innen stimmten überwiegend dafür, was der Regierung die Ermächtigung gibt, auch ohne Ausnahmezustand militärisch gegen die Kartelle vorzugehen.

Im Rahmen des Referendums wurde auch die Legalisierung von Arbeitsverträgen auf Stundenbasis thematisiert. Diese Frage wurde von der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere von Jorge Acosta, dem Mitbegründer von ASTAC (Branchengewerkschaft der Plantagenarbeiter), stark kritisiert. Er warf Noboa vor, seine Position zu den Arbeitsverträgen zu ändern.

Landesweit sind kaum mehr als drei Prozent der in Arbeitnehmer*innen gewerkschaftlich organisiert, was auf gewerkschaftsfeindliche Strukturen hinweist.



Foto © Black Glenn

Besonders negativ fällt eines der größten Bananenunternehmen des Landes auf: Die Noboa-Gruppe, gegründet von Álvaro Noboa, dem Vater des Präsidenten. Diese gilt als gewerkschaftsfreie Zone.

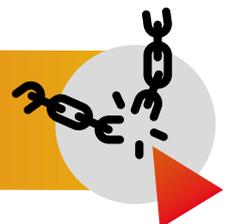
Acosta und seine Kollegen befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Lage unter der aktuellen Regierung. Die Sicherheitslage in Guayaquil ist besorgniserregend: Es wird von Morddrohungen gegen ASTAC-Mitarbeiter*innen berichtet, die möglicherweise von Drogenkartellen stammen. Der Druck auf Gewerkschaften wächst, während die Situation für Arbeiter*innen in Ecuador immer prekärer wird. Acosta sucht dringend internationale Unterstützung, um die Sicherheit der Gewerkschaftsaktivist*innen zu gewährleisten.

Die Informationen basieren auf dem Artikel „Alles Banane?“ von Knut Henkel vom 16.07.2024 auf [amnesty.de](https://www.amnesty.de).

MENSCHENRECHTE IN ECUADOR

Die Lage der Menschenrechte in Ecuador ist besorgniserregend. Gewalt, insbesondere durch Drogenkartelle, hat stark zugenommen, was zu einer hohen Mordrate und einem Klima der Unsicherheit führt. Die Rechte auf Leben und persönliche Sicherheit sind stark gefährdet. Die Meinungsfreiheit ist eingeschränkt; Journalist*innen und Aktivist*innen sind häufig Repressionen, Einschüchterungen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie Missstände anprangern.

Gewerkschaften setzen sich für die Rechte der Arbeiter*innen ein, sehen sich jedoch Diskriminierung und Entlassungen gegenüber. Die staatliche Unterstützung für Menschenrechte bleibt oft unzureichend.





BANGLADESCH

KLIMA DER ANGST FÜR TEXTIL- ARBEITER*INNEN

EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN TRAGEN MITVERANTWORTUNG

In Bangladesch sehen sich Gewerkschaften, die für die Rechte der Textilarbeiter*innen kämpfen, massiver Repression ausgesetzt. Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen begehen, bleiben oft straffrei, während der Staat die Rechte der Arbeiter*innen einschränkt. Gewerkschafter*innen, die faire Löhne fordern, riskieren willkürliche Strafverfahren und Gewalt. Ein tragisches Beispiel ist der Mord an Shahidul Islam, Präsident eines Gewerkschaftsverbands, der im Juni 2023 ermordet wurde, als er ausstehende Löhne einforderte.

Zwischen Oktober und November 2023 starben vier Textilarbeiter*innen bei Protesten für einen nationalen Mindestlohn. Statt auf die Forderungen einzugehen, reagierten die Behörden mit Gewalt. 131 Menschen, darunter führende Gewerkschafter*innen, wurden festgenommen.

Trotz vergangener Katastrophen wie dem Einsturz des Rana Plaza im Jahr 2013, bei dem über 1.100 Menschen starben, und dem Brand in der Tazreen-Fabrik 2012, bei dem mindestens 112 Arbeiter*innen ums Leben kamen, wurden die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Entschädigungsverfahren sind bis heute nicht abgeschlossen. Der TÜV Rheinland, der die Fabrik Rana Plaza vor dem Einsturz begutachtet hat, hat keine Verantwortung übernommen.



Protestierende in Dhaka, Bangladesch, Juli 2024

Auch europäische Unternehmen tragen Verantwortung für die Bedingungen in ihren Lieferketten. Die Umsetzung des EU-Lieferkettengesetzes ist entscheidend, um Menschenrechtsverletzungen in der globalen Bekleidungsindustrie zu verhindern.

Amnesty International kritisiert zudem das Cybersicherheitsgesetz (CSA) in Bangladesch, das zur Unterdrückung von Menschenrechtsverteidiger*innen genutzt wird. Das Gesetz erlaubt Verhaftungen ohne Haftbefehl und die willkürliche Löschung von Online-Inhalten. Diese repressiven Maßnahmen dienen der Unterdrückung von Protesten und zivilgesellschaftlichen Stimmen. **Amnesty fordert die sofortige Freilassung aller, die friedlich ihre Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ausgeübt haben, sowie eine Reform des CSA.**

URGENT ACTION BANGLADESCH

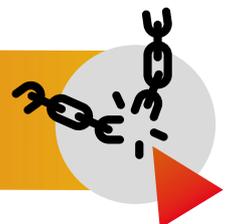
Tausende friedlich Demonstrierende in Haft

Trotz der Freilassung vieler Protestierender gegen die Regierung von Sheikh Hasina, die am 5. August zurückgetreten ist, sind Rony Sheikh und ca. 11.000 weitere Personen in Haft. Amnesty International fordert die neue Übergangsregierung auf, die Massenfestnahmen unverzüglich zu beenden, alle Demonstrierenden freizulassen, die nur wegen der Ausübung ihrer Menschenrechte inhaftiert sind, und allen Inhaftierten das Recht auf ein faires Verfahren zu garantieren.

Unterstütze die Aktion von Amnesty International!

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/bangladesch-tausende-demonstrierende-willkuerlich-inhaftiert>

GEWERKSCHAFTSFREIHEIT INTERNATIONAL
UNTERSTÜTZUNG VERFOLGTER GEWERKSCHAFTER*INNEN





MELDUNGEN

CHINA: LI QIAOCHU IST FREI

Li Qiaochu, eine bekannte chinesische Aktivistin für Arbeiter- und Frauenrechte, wurde am 3. August 2024 freigelassen. Sie war zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt worden, nachdem sie über die Folter berichtet hatte, die ihr Partner Xu Zhiyong in der Haft erlitten hatte. Xu, ein prominenter Rechtswissenschaftler, war am 10. April 2023 zu 14 Jahren Haft verurteilt worden. Li war seit Dezember 2019 ständigen Repressalien ausgesetzt, da sie in einem Blog die Misshandlung von Gefangenen und

die eigenen Erfahrungen in der Haft thematisierte. Am 16. Februar 2020 wurde sie erstmals festgenommen und danach mehrfach inhaftiert, unter anderem wegen ihrer Beiträge über die Zustände im Linshu County Detention Centre, wo Xu festgehalten wurde.

Amnesty International hat wiederholt ihre sofortige und bedingungslose Freilassung gefordert, da Li nur für die Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung verfolgt wurde.

MYANMAR: GUTE NACHRICHTEN

Der Gewerkschaftsführer Thet Hnin Aung ist frei

Er war nach seiner erneuten Festnahme im Juni 2023 bei einer geheimen Verurteilung zu sieben Jahren Haft mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Nach Monaten der Ungewissheit und großen gesundheitlichen Risiken konnte er im November 2023 Kontakt zu seiner Familie aufnehmen. Thet Hnin Aung, der sich unermüdlich für bessere Arbeitsbedingungen in Myanmar einsetzt, ist nun endlich frei. Ein bedeutender Erfolg für die Gerechtigkeit!

VENEZUELA: MENSCHENRECHTE

Zivilbevölkerung benötigt Unterstützung

Nach der Präsidentschaftswahl verfolgt die Regierung von Nicolás Maduro die Zivilbevölkerung mit massiver Repression. Über 2.000 Menschen wurden willkürlich festgenommen, darunter mehr als 100 Minderjährige. Proteste werden brutal niedergeschlagen, und ein drakonisches Anti-NGO-Gesetz kriminalisiert Menschenrechtsverteidiger*innen. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Der Druck auf Maduro muss steigen.

USA: CHIQUITA ZU SCHADENERSATZ IN MILLIONENHÖHE VERURTEILT

Der US-Bananenkonzern hat nach Überzeugung eines Gerichts jahrelang eine rechtsextreme Miliz in Kolumbien finanziert. Diese beging schwere Menschenrechtsverbrechen.

Chiquita Brands wurde von einem US-Gericht in Florida zu 38,3 Millionen Dollar Schadenersatz verurteilt. Das Unternehmen wurde für seine Zahlungen an die paramilitärische Gruppe AUC zwischen 1997 und 2004 verantwortlich gemacht, die Morde beging. Dieses Urteil, nach 17 Jahren Prozess verkündet, gilt als bedeutender Meilenstein im Bereich der Menschenrechte und zieht Chiquita erstmals in den USA für Menschenrechtsverletzungen im Ausland zur Verantwortung.

Amnesty International lobte das Urteil als bahnbrechend und betonte seine weitreichende mögliche Auswirkung auf zukünftige Klagen. **Das Urteil könnte Hunderte ähnlicher Klagen beeinflussen und verdeutlicht die Verantwortung von Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen.**

